

Wilsdruffer Tageblatt

Verleger Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 25614

Abdruck sämtlicher Mitteilungen der Gewerkschaften und anderer Organisationen ist nur mit Genehmigung der Redaktion zulässig. Die Redaktion übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der Meldungen. Im Falle der Unrichtigkeit der Meldungen wird die Redaktion nicht verantwortlich gemacht.



Abdruck sämtlicher Mitteilungen der Gewerkschaften und anderer Organisationen ist nur mit Genehmigung der Redaktion zulässig. Die Redaktion übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der Meldungen. Im Falle der Unrichtigkeit der Meldungen wird die Redaktion nicht verantwortlich gemacht.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 82.

Sonnabend den 9. April 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Grumbach.

Sonnabend den 9. April vormittags 8 bis nachmittags 2 Uhr Ausgabe der neuen Milch-, Butter- und Brotmarken im Gemeindeamt in der üblichen Reihenfolge. Grumbach, am 8. April 1921. Der Gemeindevorstand.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Reichsregierung hat der Entente eine Note über die gesamte oberösterreichische Frage überreicht.
- * Die Reichsregierung bemerkt die Zeitungsmeldung, daß sie beabsichtige, Frankreich neue Vorschläge zu machen.
- * Die Zollgrenze am Rhein soll voraussichtlich Mitte April errichtet werden.
- * Die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten wird am 8. April erfolgen.
- * Die Zeitungsmeldung, Stinnes habe in Rußland große Wahlkonzeptionen erworben, wird als völlig unzutreffend bezeichnet.
- * Der frühere Kaiser Karl von Österreich-Ungarn ist auf der Rückreise von Steinamanger in Luzern eingetroffen und in einem dortigen Hotel untergebracht worden.
- * Infolge der Osterferien des Erzherzogs Karl nach Ungarn hat das ungarische Kabinett Tseleki seine Demission eingereicht.
- * Aus Budapest verkundet, das ungarische Kabinett habe beschlossen, am 13. August Königswahlen auszusprechen.
- * Auf Schloss Hohenburg bei Töls fand die Hochzeit des vorjährigen böhmischen Kronprinzen Rupprecht mit der Prinzessin Antonia von Luxemburg statt.
- * Es behält sich, daß Bela Kuhn, der frühere Diktator Ungarns zum Oberkommissar der Sowjetregierung in der Krain ernannt worden ist.

Unser Handel im Osten.

Von der litauischen Grenze wird uns geschrieben: Die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln, den die Entente unter dem Einfluß französischer Finanzier gegenüber Deutschland beliebt, zwingt uns, unser Wirtschaftsgeschehen und unseren Handelsverkehr vollständig umzustellen. Wenn auch schon vor dem Weltkrieg unser Handel mit Ost- und Europa ganz bedeutend war, so spielte er doch in unserem Weltmarkt eine fast untergeordnete Rolle. Jetzt aber ist der osteuropäische Markt für uns der Markt der Zukunft; ihn dürfen wir nie und nimmermehr vernachlässigen, auch wenn uns schließlich wieder einmal der übrige Weltmarkt offen steht.

Wenn von dem Handel mit dem Osten gesprochen wird, so kommt auf absehbare Zeit ein Handel mit Polen kaum mehr in Frage, als er unbedingt nötig ist. Der Handel mit Rußland ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen ja noch so gut wie gesperrt. Trotz alledem heißt es hier auf dem Posten zu sein, damit wir den richtigen Augenblick nicht verpassen. Unsere Abneigung gegen das jetzige System in Rußland darf uns nicht abhalten, allen Bemühungen der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen die Wege anzubereiten. Mit unserer Stellungnahme zu den innerpolitischen Verhältnissen Rußlands hat das nicht das geringste zu tun. Weniger denn je dürfen wir Geschäftsopportunitäten treiben. Nur nächsterne Realpolitik kann unsere Wirtschaft retten, kann Deutschland wieder hochheben. Nur allzu häufig kann man von Leuten, die es gewiß gut meinen, hören, wir müßten uns gegen Rußland möglichst abschließen. Tatsächlich kommen wir aber damit nicht weit; im Gegenteil: wir würden dadurch nur erreichen, daß unsere Konkurrenten uns ausbrennen. England, das jochen den Handelsvertrag mit Rußland abgeschlossen hat, denkt gar nicht daran, die Sowjets anzuerkennen. Trotzdem ist man an der Thematik viel zu klug, als daß man sich deswegen gute Verdienstmöglichkeiten einbilden ließe. Trotz des englischen Wettbewerbs wird aber der deutsche Handel, wenn er erst kräftig wieder einsetzt, nicht zu schlagen sein. In Rußland weiß man viel zu gut, den Wert der deutschen Waren zu schätzen, als daß man auf sie verzichtete. Regierungsformen kommen und vergehen, und wie lange die Sowjetregierung besteht, weiß man nicht. Wir müssen dem russischen Volke zeigen, daß wir mit ihm in Ruhe und wünschlich in Freundschaft leben wollen. Wie sich Rußland seine Staatsform einmal einrichtet, das kann nicht unsere Sorge sein. Ein deutsch-russischer Handelsverkehr größten Maßstabes wird auf die politischen Beziehungen nicht ohne Einfluß bleiben. Er ist um so eher möglich, als die beiden Staaten sich nicht als Konkurrenten gegenübersehen, sondern sich ergänzen. Rußland braucht die deutschen Industrieerzeugnisse; es wird auf der andern Seite über kurz und lang auch wieder in der Lage sein, Deutschland bedeutende Mengen wichtiger Rohprodukte zu bieten. Gewiß werden bei der Errichtung der russischen Bahnen Jahre darüber vergehen. Wenn wir aber die Gelegenheit finden, an dem Wiederaufbau der Verkehrsmittel mitzuarbeiten, werden wir für unsere Industrie nicht nur lohnende Arbeit schaffen, sondern auch die beste Grundlage für unseren späteren Warenaustausch legen. Was für Rußland gilt, das gilt nicht minder für die Ukraine. Ein hochstehender ukrainischer Politiker erklärte kürzlich, daß in der Ukraine ein

wahrer Hunger nach deutschen Waren herrsche. Die deutschen Erzeugnisse stehen dort im besten Ansehen. Wenn ein Ukrainer eine Ware loben will, dann sagt er: sie ist deutsch. Er sagt nicht, er hat einen „guten“ Wagen, sondern einen „deutschen“. Auch hier gilt es, die Augen offen halten, alle Vorbereitungen treffen, damit wir mit der Kornkammer Europas so bald als möglich in Verbindung treten können. Es erübrigt sich, über den deutsch-sinnischen Handel weitere Ausführungen zu machen. Schon jetzt bestehen rege kaufmännische Beziehungen, die zweifellos noch weiter ausgebaut und vertieft werden können.

Als Bindeglied zwischen dem Osten und Deutschland werden die sogenannten Mandatstaaten, das heißt Litauen, Lettland, Estland eine besondere Aufgabe zu erfüllen haben. Die Abneigung gegen das Deutsche, die in Lettland und Estland von Sendboten der Entente eine ganze Zeit mit Erfolg geschürt wurde, hat sich zweifelsohne in der letzten Zeit gemindert. Man hat erkannt, daß man ohne ein vernünftiges Zusammenarbeiten mit Deutschland nicht auskommen kann. Die Vorbereitungen für einen deutsch-litauischen Handelsvertrag sind seit geraumer Zeit im Gange, und man darf wohl hoffen, daß sie zu einem beide Staaten befriedigenden Ergebnis führen werden. In Litauen liegen für uns zweifellos die Verhältnisse am günstigsten. Gewiß gab es auch in Litauen eine Zeit, in der man auf die Deutschen nicht allzu gut zu sprechen war. Die unaußersichtlichen Härten, die mit der Besetzung verbunden waren, hat man indessen vergessen. Unbekümmert um alle Vereinfachungen und Beschränkungen hat die litauische Regierung nicht nur eine nationale litauische Post geschaffen, und die wieder ihr den Weg zu einem verständnisvollen wirtschaftlichen Zusammenarbeiten mit Deutschland. War es gerne hätte man es zweifellos in Ententekreisen gesehen, wenn Litauen mit Polen ein Bündnis abgeschlossen hätte, weil dann die Einkreisung Deutschlands vollständig gewesen wäre. Die Litauer haben es abgesehen, da sie den polnischen Imperialismus zu gut kannten und wußten, daß ein Bündnis mit Warschau das Ende eines selbständigen Litauens bedeuten würde. Als reiner Agrarstaat — Industrie spielt zurzeit so gut wie gar keine Rolle — hat Litauen sich am schnellsten unter den Mandatstaaten von den Folgen des Krieges erholt. Die vorliegenden Ein- und Ausfuhrziffern aus dem vorigen Jahre lassen einen deutlichen Aufschwung des litauischen Wirtschaftslebens erkennen. In der Zeit vom 1. 1. bis 30. 11. v. J. wurden aus Litauen für 443 992 802 Mark 62 Pf. ausgeführt und für 317 203 306 Mark 2 Pf. eingeführt. Die Ausfuhr stellt somit einen Überschuss von 126 719 496 Mark 60 Pf. dar. Die Hauptartikel, die ausgeführt wurden, sind Holz und Rinde, aber auch Lebensmittel, tierische Produkte und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse spielen eine erhebliche Rolle. Ein großer Teil der ausgeführten Waren ist nach Deutschland, besonders nach Ostpreußen, gekommen. Wie ja überhaupt Ostpreußen der Hauptabnehmer für litauische Waren ist. Zweifellos wird die Einfuhr sich in dem Maße steigern, als die wirtschaftliche Entwicklung Litauens zunimmt. Litauen braucht in erster Linie Maschinen und Textilfabrikate, die Deutschland am besten wird liefern können. Dem deutschen Handel und ganz besonders dem ostpreussischen bietet sich schon jetzt ein reiches Feld der Betätigung. Leichter denn anderswo werden sich die deutsch-litauischen Handelsbeziehungen immer enger knüpfen lassen. Ostpreußen und Litauen sind getadelt aufeinander angewiesen.

Jedenfalls muß es das Ziel einer weltanschauenden Wirtschaftspolitik sowohl haben wie drängen sein, die hoffnungsvollen keine gegenseitigen Verhältnisse, die sich jetzt schon zeigen, weiter zu pflegen und zur Entwicklung zu bringen. W. W.

Briand gegen Simons.

Das Schicksal Oberschlesiens.

Bei der Fortführung der Senatsdebatte hielt der Ministerpräsident Briand eine neue Rede, in der er auf verschiedene Fragen antwortete. Er sagte u. a.: Betreffend Oberschlesien muß die Abstimmungskommission die Ergebnisse von Gemeinde zu Gemeinde prüfen, eine langwierige und mühselige Arbeit, die aber in zwei bis drei Tagen erledigt sein wird. Wir bestehen auf die Durchführung des Friedensvertrages, nicht mehr und nicht weniger wollen wir. Wir sind nicht gewillt, das Spiel Deutschlands mitzumachen, das die Entschädigungsfrage mit der oberösterreichischen verknüpft. Die von Deutschland verbreitete Legende, daß Frankreich nichts zu der Wiederherstellung tun will, widerlege ich durch folgendes: Der Boden, der vollständig aufgewälzt war, wurde durch die französischen Bauern zu 35 Prozent wieder hergestellt. 80 Prozent der Oberfläche wurde für die Wirtschaft wieder zugänglich ge-

macht. Die zerstörten Fabriken wurden mit 10 Prozent wieder in Betrieb gesetzt. 99 Prozent der Eisenbahnen sind bereits wieder hergestellt, und von zerstörten Kunstbauten 80 Prozent. Die deutsche Regierung weiß dies alles und trotzdem hat sie die Kühnheit, so weit zu gehen und einer befreundeten Macht (gemeint ist das Memorandum an Amerika) zu erklären, Frankreich fordere alles, nur um seine Wunden bloßzulegen und dadurch den Haß in der Welt fortbauern zu lassen. Diese Behauptung verdient überhaupt keine Widerlegung.

Der Streit um die Mandate.

Amerika protestiert.

Wie aus Washington gemeldet wird, haben die Vereinigten Staaten eine gleichlautende Note an England, Frankreich, Italien und Japan gerichtet, die nicht nur die Frage der Mandate behandelt, sondern auch alle amerikanischen Rechte, die sich aus dem Kriege ergeben haben. Die Note könne als eine Erklärung über die Politik der neuen amerikanischen Regierung angesehen werden und wiederhole, daß es das Recht der Vereinigten Staaten sei, an den Friedensregelungen teilzunehmen, trotzdem sie den Friedensvertrag nicht unterschrieben hätten. Sie erklärt insbesondere, daß die Regierung der Vereinigten Staaten darauf bestehen müsse, daß sie kein Recht und kein Interesse an der Insel Yap verloren habe, und daß sie die Forderung der Insel an Japan oder die Rechtsgültigkeit eines Mandats Japans nicht anerkennen könne.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Zur Entlassung der Einwohnerwehren.

Die deutschen Vertreter in Paris, London und Rom sind, wie verlautet, angewiesen worden, die Aufmerksamkeit der dortigen Regierungen darauf zu lenken, daß der noch kaum überwundene Aufruhr in Mitteldeutschland die Durchführung der Entlassung der Einwohnerwehren außerordentlich erschwere, da er, wie man auch sachlich über die Notwendigkeit der Einwohnerwehren denken möge, jedenfalls bei den Wehrleuten die Überzeugung von der Notwendigkeit des Selbstschutzes gefestigt habe; die Abgabe der Waffen begegne daher gegenwärtig ganz besonderen und begrifflichen inneren Widerständen.

Das gefährdete Ruhrgebiet.

Aber die Frage der Besetzung des Ruhrgebietes als Erweiterung der Sanktionen im Falle, daß Deutschland bis zum 1. Mai seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, erwartet man in einflussreichen Pariser Kreisen, daß ein derartiger Schritt nicht vor Beendigung der Konferenz des Obersten Rates, der am 1. Mai zusammentritt, unternommen werden wird. Die Anwesenheit eines amerikanischen Vertreters auf dieser Konferenz würde man mit Freuden begrüßen.

Unsinntige Zerschlagungswut.

Das Auswärtige Amt hat an die Interalliierte Militärkontrollkommission folgende Note gerichtet: „Die deutsche Regierung hat Kenntnis davon genommen, daß die Vorkonferenz ihren Vorschlag, die den augenblicklichen Bedarf übersteigenden Bestände an Ertragsteuern und Halbfabrikaten für Heeresgut bis zum Eintreten des Bedarfsalles im besetzten Gebiet lagern zu lassen, ablehnt und auf der sofortigen Verstärkung dieser Vorräte besteht. Damit werden Werte von mehr als einer Milliarde Mark ohne militärische Notwendigkeit vernichtet; die deutsche Regierung wird genötigt, ihr Budget in den kommenden Jahren mit hohen Aufwendungen für den Bedarf der Wehrmacht zu belasten, die bei Annahme der Vorschläge erspart worden wären. Die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Anordnungen werden erteilt.“

Türkei.

Die schwere Niederlage der Griechen wird von der englischen Presse bestätigt. Die türkischen Berichte behaupten, daß der Feind endgültig geschlagen sei. Die griechischen Verluste, Gefangene nicht eingerechnet, würden auf 4000 Mann geschätzt. 150 griechische Offiziere seien gefallen sein. In maßgebenden Kreisen in Konstantinopel herrsche die Ansicht, daß eine vollständige Vernichtung des griechischen Heeres nur durch ein Eingreifen der Alliierten und die Ausräumung eines Waffenstillstandes verhindert werden könne. Die letzten türkischen Berichte melden, daß die Griechen Brücke räumen, weil die Kemalisten sich dieser Stadt in Eilmärschen nähern.

Amerika.

Harding gegen den Bölkerbund. In Washingtoner Regierungskreisen wird zu verstehen gegeben, daß Präsi-